

**Erste Verordnung  
zur Änderung der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung  
Vom 12. Februar 2018**

Aufgrund des § 8 Abs. 1 Halbsatz 1 in Verbindung mit Halbsatz 2 Nr. 5 und 8 des Thüringer Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2016 (GVBl. S. 150), verordnet das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales, dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft und dem Finanzministerium:

**Artikel 1**

Die Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung vom 24. Februar 2004 (GVBl. S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2016 (GVBl. S. 150), wird wie folgt geändert:

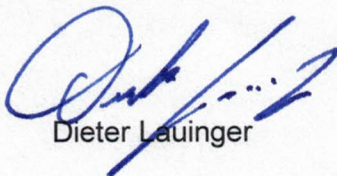
1. In § 33 Abs. 2 Nr. 8 wird die Verweisung „§ 6 Abs. 2 des Thüringer Beamtengesetzes“ durch die Verweisung „§ 8 Abs. 3 des Thüringer Laufbahngesetzes“ ersetzt.
2. § 33a Abs. 1 erhält folgende Fassung:  
  
„(1) Die Höhe der über den Mindestgrundbetrag nach § 7 Abs. 1 Satz 4 ThürJAG hinausgehenden Unterhaltsbeihilfe beträgt 200 Euro monatlich.“
3. In § 39 Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „eines daran anschließenden Mutterschaftsurlaubs“ durch die Worte „einer daran anschließenden Elternzeit“ ersetzt.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

Erfurt, den 12. Februar 2018

Der Minister für Migration,  
Justiz und Verbraucherschutz

  
Dieter Lauinger